

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

26.01.2019 /19.20-19.50 Uhr
27.01.2019 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Erweiterung der US-Raketenabwehr – Weichenstellung für Rüstungswettlauf?
- Kostenexplosion und Korruptionsvorwürfe – Gorch Fock vor dem Aus?
- Personalprobleme – Marine will ausgeschiedene Soldaten rekrutieren
- Afghanistan-Abzugsdiskussion – Künftig private Sicherheitsdienstleister statt Soldaten?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe. Am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Diesmal wollen wir uns mit folgenden Themen beschäftigen:

- Kostenexplosion und Korruptionsvorwürfe – Gorch Fock vor dem Aus?
 - Personalprobleme – Marine will ausgeschiedene Soldaten rekrutieren.
- Und:
- Afghanistan-Abzugsdiskussion – Künftig private Sicherheitsdienstleister statt Soldaten?

Beginnen wollen wir jedoch mit einem milliardenschweren US-Rüstungsprojekt. In der vergangenen Woche hat Präsident Trump im Pentagon die Leitlinien für die Raketenabwehr vorgelegt und erläutert. Auf das Grundsatzpapier war lange gewartet worden.

Die Raketenabwehr soll erweitert werden. Für den US-Präsidenten wird künftig auch der Weltraum in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen.

O-Ton Trump (overvoice)

„Mit dem nächsten Budget investieren wir in einen Verteidigungsschild, das im Weltraum installiert ist. Das ist neue Technologie. Das wird ein wichtiger Teil unserer Verteidigung aber auch unseres Angriffs.“

Das erinnert an die ehrgeizigen Star-Wars-Pläne von Ronald Reagan in den 1980er Jahren. Der US-Präsident wollte damals im All einen Raketenabwehr-Schild aufbauen. Das Projekt scheiterte allerdings. Es war technisch nicht machbar.

Kritiker monierten bereits damals, eine umfassende Raketenabwehr stelle das Prinzip der nuklearen Abschreckung zwischen den Supermächten in Frage. Fachleute sprechen von der „strategischen Stabilität“. Die Annahme: Ein Atomkrieg wird verhindert, wenn jede Seite in der Lage ist, nach einem Nuklearangriff mit einem atomaren Vergeltungsschlag zu reagieren. Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter, so lautete vereinfacht ausgedrückt das Prinzip.

Technisch ist heute vieles machbar. Und wie damals Ronald Reagan will auch Präsident Trump die USA unverwundbar machen gegen alle Raketenangriffe, offenbar auch gegen eventuelle russische Vergeltungsschläge:

O-Ton Trump

„Our goal is simple: To ensure that we can detect and destroy any missile launched against the United States, anywhere, anytime, anyplace.“

Jede Rakete soll abgewehrt werden. Eine umfassende Raketenabwehr wird also angestrebt. Mit diesem Ziel würden sich die USA vom Prinzip der gegenseitigen nuklearen Abschreckung verabschieden. Bisher hieß es immer, die Raketenabwehr sei nicht gegen Russland gerichtet, sondern gegen iranische oder nordkoreanische Raketen. Trump sieht das offenbar anders.

Der Aufbau einer umfassenden Raketenabwehr würde weitreichende Konsequenzen haben. Der Konfliktforscher Joe Cirincione von der Stiftung Ploughshares:

O-Ton Joe Cirincione (overvoice)

„Es würde viele große technologische Fortschritte brauchen, jahrzehntelange Arbeit, viele Billionen Dollar. Und am schlimmsten ist: Es würde zu einem neuen Wettrüsten führen. Was machen China und Russland jetzt? Sich zurückziehen? Nein. Sie machen, was wir machen und bauen neue Waffen, um unsere Verteidigung zu schlagen. So funktioniert das Wettrüsten.“

Allerdings müssen die Finanzmittel für die Erweiterung der Raketenabwehr vom Repräsentantenhaus gebilligt werden. Dort haben inzwischen die Demokraten die Mehrheit. Und sie sehen die Abwehr-Pläne kritisch. Außerdem ist Donald Trump in seiner Rede im Pentagon weiter gegangen als die neuen Leitlinien zur US-Raketenabwehr vorsehen. Dort heißt es, die USA setzen gegenüber den russischen und chinesischen Interkontinentalraketen weiterhin auf die nukleare Abschreckung. Die Frage ist allerdings: Wie lange noch.

Themenwechsel.

Die Gorch Fock war lange der Stolz der Deutschen Marine. Inzwischen macht das 60 Jahre alte Segelschulschiff nur noch Negativschlagzeilen. Seit drei Jahren wird es repariert. Außerdem gibt es Korruptionsvorwürfe. Zudem sind die Kosten explodiert. Ausgegangen wurde zunächst von 10 Mio. Euro, inzwischen werden die Kosten auf 135 Mio. Euro beziffert. Und selbst diese Summe wird wohl nicht reichen, um das marode Schiff wieder flott zu machen. Die Tage der Gorch Fock sind offenbar gezählt. Christoph Prössl weiß warum:

Manuskript Christoph Prössl

In dieser Woche besuchte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen die Bredow-Werft in Bremerhaven. Dort liegt das Segelschulschiff der Marine, die Gorch Fock, im Trockendock. Sie wollte sich ein Bild vom Zustand des Schiffes machen und mit Mitgliedern der Besatzung sprechen, sagte die CDU-Politikerin vor Journalisten.

O-Ton von der Leyen

„Die Gorch Fock hat eine ganz besondere Bedeutung für die Marine. Sie ist ein stolzes Traditionsschiff. Aber wir alle wissen seit den alarmierenden Nachrichten um die Jahreswende, die die Gorch Fock betreffen, dass dieses Schiff in schweres Fahrwasser geraten ist.“

Von der Leyen meint die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Osnabrück gegen einen Mitarbeiter des Marinearsenals wegen des Verdachts auf Bestechlichkeit. Der Mann soll ein zinsloses Darlehen angenommen haben. Ermittler durchsuchten Presseberichten zufolge Räumlichkeiten der Elsflether Werft und eines anderen Unternehmens, das auch an der Instandsetzung der Gorch Fock beteiligt ist. Welche Gegenleistung der Mann für die Elsflether Werft erbracht haben könnte, ist offen. Das Marinearsenal definierte die Maßnahmen für die Reparatur der Gorch Fock. Der Beschuldigte soll als Preisprüfer tätig gewesen sein.

Von der Leyen geriet jedoch auch in die Kritik, weil der Bundesrechnungshof dem Ministerium eine Prüfmitteilung zur Gorch Fock übermittelt hatte und Medien über das Dokument berichteten.

O-Ton von der Leyen

„Es gibt gravierende Vorwürfe durch den Bundesrechnungshof, was die schiffbaulichen Untersuchungen angeht, was die Planung der Instandsetzung angeht, was die scheinweisen Informationen angeht, die ans Licht der Öffentlichkeit gekommen sind und was auch die enormen Kostensteigerungen angeht.“

Die Kurzversion geht so: 2015 gab es zwei Unfälle. Erst rammte das Schnellboot FRETTCHEM bei einem Ablegemanöver das Segelschulschiff. Einige Monate später rammte der Dreimaster in Wilhelmshaven die Pier. Der Rumpf war verzogen. Das Schiff musste in die Werft. Ein erster Auftrag wurde formuliert, für 9,6 Millionen Euro. Den Zuschlag erhielt die Elsflether Werft in der Nähe von Bremerhaven. Dass das Schiff in der Ostsee lag, sollte kein Hindernis sein. Die Gorch Fock wurde in die Nordsee geschleppt.

Anfang 2016 konnten die Arbeiter mit den Reparaturen beginnen. Doch schnell stellte sich heraus: Es sollte nicht bei ein bisschen Farbe und der Überholung der Masten bleiben. Rost hatte sich durch den Schiffskörper gefressen. Welches Ausmaß die Schäden haben, wurde nicht vollständig erhoben.

Im Bericht des Bundesrechnungshofes – als der offiziellen Prüfmitteilung – heißt es dazu:

Zitat

„Die Bundeswehr begann mit den Instandsetzungsarbeiten an der Gorch Fock, bevor die Befundung der Mängel am Schiff abgeschlossen war. (...) Vor Beginn der Arbeiten war damit nicht geklärt, ob die Instandsetzung der Gorch Fock insgesamt noch wirtschaftlich (lohnend) war. Auch konnte das insgesamt erforderliche Instandsetzungsvolumen nicht in einem Zug ausgeschrieben werden.“

Erst im Februar 2016 führte das Marine-Unterstützungskommando eine schiffbauliche Untersuchung durch. Da lag die Gorch Fock bereits im Trockendock. Die Begutachtung machte deutlich: Das Schiff würde länger in der Werft bleiben müssen, als geplant. Vor allem wegen vieler Korrosions-Schäden. Die Untersuchungen wurden ausgeweitet. Das Marinearsenal meldete die steigenden Kosten an den Projektleiter im Beschaffungsamt in Koblenz. Im August 2016 lagen die geschätzten Kosten schon bei 33,5 Millionen Euro, im September bei 64,5 Millionen Euro. Der Projektleiter hielt die Arbeiten an. Noch immer war die schiffbauliche Untersuchung nicht abgeschlossen. In der Mitteilung des Bundesrechnungshofes an das Verteidigungsministerium heißt es, 89 Räume der Gorch Fock seien zu der Zeit noch nicht besichtigt worden. Im Ministerium saßen Mitarbeiter bereits an einer sogenannten Leitungsvorlage. Das Papier sollte die Grundlage für eine Entscheidung von Ursula von der Leyen werden. Ein Referat lieferte zu:

Zitat

„Die vorliegenden Erkenntnisse aus den bisher durchgeführten Maßnahmen zur schiffbaulichen Untersuchung sind geeignet, um den finanziell maximal erforderlichen Umfang (worst case) hinreichend genau abschätzen zu können.“

Die Gesamtkosten sollten demnach 75 Millionen Euro nicht überschreiten. Der Bundesrechnungshof kommt in seiner Mitteilung zum Ergebnis: „Erhebliche Zweifel an der Fundiertheit der 1. Leitungsvorlage.“ Neben der Kostenkalkulation auf Basis nicht zu Ende geführter Untersuchungen monieren die Prüfer, dass der Leitung des Hauses die Kosten der Alternativen gar nicht erst vorge-rechnet wurden. So wurde nicht aufgeschrieben, was es kosten würde, einen gebrauchten Großsegler zu erwerben. Auch ein Abbruch des Vorhabens wurde nicht kalkuliert.

Von der Leyen gab grünes Licht, das Schiff wurde weiter repariert, neue Schäden wurden entdeckt, die Kosten stiegen weiter. Im Februar 2018 schätzte das Marinearsenal die Kosten auf 135 Millionen Euro. Wieder wurden die Arbeiten gestoppt, wieder wurde eine Leitungsvorlage erstellt, wieder kommt der Bundesrechnungshof zu dem Ergebnis: „Erhebliche Zweifel an der Fundiertheit der 2. Leitungsvorlage.“ Derzeit arbeitet das Ministerium an einer Stellungnahme zu den Vorwürfen des Bundesrechnungshofes. Die Prüfmitteilung und die Position des Ministeriums werden dann in einem Bericht zusammengefasst.

O-Ton Lucassen

„Ich hätte nicht vermutet, dass es sowas heute noch geben kann, dass bei einer Beauftragung in dieser Größenordnung so viel Versagen im Hause von der Leyen zu konstatieren ist.“

Sagt Rüdiger Lucassen, verteidigungspolitischer Sprecher der AfD. Er spricht von „systemischem Versagen“.

O-Ton Lucassen

„Sie kann was dafür, selbstverständlich. Sie ist an oberster Stelle und sie ist verantwortlich. Und wenn ihr über Leitungsvorlagen oder unmittelbar vorgetragen wird, dann muss sie ein internes Frühwarnsystem haben. Das heißt, sie muss erkennen, derjenige, der mir hier vorträgt, welche Absicht verfolgt er damit, wenn er mir etwas sagt. Und sie muss auf der einen Seite die gute Absicht der Deutschen Marine, seemännisch auszubilden, abwägen können gegenüber den Ausgaben des Geldes des Steuerzahlers. Und dazu ist sie ganz offensichtlich nicht in der Lage.“

Auch Siemtje Möller, Bundestagsabgeordnete der SPD, Mitglied im Verteidigungsausschuss und marinepolitische Sprecherin der Fraktion, zeigt sich erschrocken von der Prüfmitteilung des Bundesrechnungshofes.

O-Ton Möller

„Wenn es sich so bewahrheitet, dann ist es ein Blick in den Abgrund. Und dann zeigt es eben auch ein weiteres Mal für mich, dass das Ministerium in sich ungesund läuft und auch, dass Frau von der Leyen anscheinend nicht ganz den Überblick hat, so wie auch ihre Führungsriege arbeitet, und sie auch getäuscht wurde.“

Im Ministerium gibt es jetzt zwei Prüfgruppen, wie von der Leyen bei ihrem Besuch in Bremerhaven sagte. Eine kümmere sich im Beschaffungssamt und beim Marinearsenal um die Kostenberechnungen und Abläufe. Im Marinearsenal war

auch der Mitarbeiter beschäftigt, gegen den die Staatsanwaltschaft Osnabrück ermittelt. Eine zweite Gruppe, Organisation und Revision, sei damit beschäftigt, die offenen Fragen sowohl in der Ausrüstungsabteilung als auch in der Planung zu klären. Ursula von der Leyen:

O-Ton von der Leyen

„Aber ich glaube, sich jetzt einen Moment Zeit zu nehmen, nachdem das Schiff hier bereits seit drei Jahren ist, ist der richtige Moment. Wir sprechen von Wochen, die wir brauchen, um Licht in das Dunkel zu bringen, und ich glaube, es ist richtig bei den vielen Millionen, die als Steuergeld investiert werden, dass wir hier absolute Klarheit haben.“

Wie geht es weiter mit der Gorch Fock? Wird das Schiff fertig repariert? Immerhin hat die Bundeswehr bereits knapp 70 Millionen Euro ausgegeben. Die Prüfer im Ministerium dürften untersuchen, was die Fertigstellung denn nun wirklich kostet. Bei 135 Millionen Euro lag die letzte Kostenschätzung. Möglich ist auch, die Sanierung zu stoppen. Die Bundeswehr könnte einen gebrauchten Großsegler erwerben oder neu bauen lassen. Auch diese Handlungsmöglichkeiten dürften im Ministerium berechnet werden. Und grundsätzlich stellt sich die Frage, ob die Marine überhaupt noch ein Segelschulschiff erhalten soll. Siemtje Möller:

O-Ton Möller

„Wir wollen als SPD-Fraktion ein Segelschulschiff. Wir wollen, dass die Marine-Offiziere und Offizierinnen über dieses Schiff auch ausgebildet werden, weil es aus übergeordneten Zielen vollkommen richtig ist, ein Segelschulschiff zu betreiben.“

Welche Option die SPD bevorzugen würde, lässt Siemtje Möller offen. Denn diese Entscheidung hängt auch von den Untersuchungen innerhalb des Ministeriums ab. Eines ist aber jetzt schon klar: Eine Entscheidung, die nicht kritisiert werden kann, wird es nicht geben.

* * *

Flocken

Christoph Prössl über die Affäre um die Gorch Fock. Mehr über das Segelschulschiff auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Wir bleiben bei der Marine.

Die Seestreitkräfte haben erhebliche Personalprobleme. Mit Werbekampagnen und diversen Initiativen versucht die Marine schon seit Längerem, junge Leute zu rekrutieren. Seit rund einem Jahr bemüht man sich außerdem, auch frühere Soldaten zu gewinnen. Ihnen soll die Rückkehr in die Truppe erleichtert werden durch ein eigens gegründetes „Zentrum Wiedereinstellung Marine“ am Standort Neustadt in Holstein. Teile der Ausbildung werden zudem an der Marineunteroffiziersschule in Plön absolviert. Dort hat sich Marc Hoffmann angeschaut, wie die Männer und Frauen auf ihre Rückkehr in die Marine vorbereitet werden:

Manuskript Marc Hoffmann

Atmo

Ein orange-roter Ganzkörperanzug ist der Hingucker im sonst kargen Unterrichtsraum - vorne an der Wand die sauber gewischte Schultafel, die Wände weiß, etwa 20 Soldaten im einheitlichen braun-grünen Tarnfleck beobachten, wie einer ihrer Kameraden in den leuchtfarbenden Rettungsoverall schlüpft.

O-Ton Kickler

„Das ist der Kälteschutzanzug, den der Kamerad gerade angezogen hat.“

Von der letzten Reihe aus verfolgt Ausbildungsleiter Kapitänleutnant Thomas Kickler die Theorie-Einheit.

O-Ton Kickler

„Bevor die von Bord gehen, wenn es um Beispiel eine Notsituation gibt und sie das Schiff verlassen müssen, müssen sie diesen Kälteschutzanzug anziehen. Der verhindert tatsächlich das Auskühlen des Körpers.“

Das Einmaleins der Seenotrettung ist Bestandteil des vierwöchigen Wiedereinstellungs-Lehrgangs. Für einige Teilnehmer ist es eine Auffrischung. Andere dagegen wissen auf Anhieb nichts mit den Fachbegriffen anzufangen.

Atmo (Soldat fragt nach dem Ankern)

Wie das Ankern auf hoher stürmischer See genau funktioniert, fragt ein junger Mann in der vordersten Reihe etwas verwirrt. Ausbilder Stabsbootsmann Marc Liese in blauer Uniform nickt und antwortet geduldig.

Atmo

O-Ton Liese

„Die Wiedereinsteiger sind auf alle Fälle älter. Sie sind reifer und erfahrener. Wir haben auch ganz viele, die im Heer gewesen sind. Und da gilt es natürlich besonders, die Kameraden an die Marine heranzuführen und aufzuzeigen, so läuft das bei uns, so sieht ein Schiff aus, so sieht ein Boot aus, so verhalte ich mich an Bord.“

Dem Marine-Kommando zufolge kommen mehr als die Hälfte der Teilnehmer aus anderen Teilstreitkräften als der Marine. Willkommen seien sie alle, heißt es. Kapitänleutnant Kickler, der das Zentrum leitet, formuliert die Herausforderung: Es gehe darum, alle Rückkehrer auf einen Stand zu bringen und individuell darauf vorzubereiten, dass sie in der Truppe wieder eingesetzt werden können.

O-Ton Kickler

„Einige Kameraden sind ja mit dabei, die zum Teil zwanzig Jahre raus sind. Und vor zwanzig Jahren war die Bundeswehr noch eine andere als sie heutzutage ist. Und unsere Aufgabe ist es, denen das wieder näher zu bringen, um das Ganze mal wieder aufzufrischen. Die Waffen haben sich teilweise geändert. Die Befehle - einige haben sich geändert. Die Ausrüstung hat sich geändert. Und das müssen wir denen in vier Wochen tatsächlich beibringen.“

Und auch bei der Fitness der Rückkehrer gebe es durchaus Defizite, bemerkt Kickler trocken mit einem leichten Grinsen im Gesicht. Der Drill auf dem Sportplatz gehört für den Ausbilder selbstverständlich auch zum Programm. Dalin Borges ist eine der wenigen Frauen unter den alten Neuen. Obendrein zählt die 19-Jährige zu den Jüngsten im aktuellen Durchgang. 2017 war Borges aus der

Bundeswehr ausgestiegen, doch noch im selben Jahr kehrte die Gefreite zurück.

O-Ton Borges

„Ich wollte es im Zivilen versuchen, wollte auch eine Ausbildung machen und habe dann aber schnell gemerkt, dass einfach etwas fehlt und dass ich wieder zurück möchte und dass ich auch zur See fahren möchte.“

Es sind solche Sätze, die die Personalverantwortlichen bei der Bundeswehr gerne hören dürften. Eine Presseoffizierin hatte Borges und die anderen Rekruten für ein Interview vorher ausgewählt. Gefreite Borges betont, ihr gehe es unter anderem um die berufliche Sicherheit. Auch die Verdienstaussichten haben wohl bei ihr und anderen Rückkehrern eine Rolle gespielt.

O-Ton Borges

„Und ich versuche dann auf diesem Weg hier auch eine Ausbildung einzuschlagen. Ich war vorher nur sechs Monate dabei. Ich habe die Grundausbildung gemacht, bin dann in die Stammeinheit gekommen und musste sie dann verlassen.“

Nach den vier Wochen im sogenannten Zentrum Wiedereinstellung der Marine werde sie nach Kiel an Land versetzt. Die junge Frau hat sich zunächst für vier Jahre verpflichtet. Verlängern ist möglich, ebenso der Aufstieg innerhalb der Truppe.

Atmo (Unterrichtsraum)

Auf ihren Uniformen tragen sie unterschiedliche Schulterklappen. Stabsgefreiter sitzt neben Hauptbootsmann. Mannschaftsdienstgrade drücken hier genauso die Schulbank wie Unteroffiziere. Zu ihnen gehört Sascha Weidmann. Mit dem Wiedereinstieg in die Bundeswehr hat sich der 31-Jährige für zehn Jahre verpflichtet, berichtet er, mit der Option, um weitere sieben Jahre zu verlängern.

O-Ton Weidmann

„Ich war vorher Obermaat, jetzt bin ich Obermaat Bootsmannanwärter. Also für mich war klar: Wenn zurück, dann nur mit höherem Dienstgrad. Ziel ist natürlich, wie für viele Wiedereinsteiger, dann den Berufssoldaten zu erlangen.“

Acht Jahre hatte Weidmann bei der Bundeswehr gedient, zuletzt im Marine-Fliegergeschwader. Dann folgte ein fünfjähriger Ausflug in die zivile Welt - er arbeitete als Fahrlehrer in der Firma seines Vaters. Doch es fehlte etwas, sagt Weidmann. Seit Anfang Januar trägt er wieder Uniform.

O-Ton Weidmann

„Ich wollte nicht einfach einsteigen und meine Zeit abreißen, sondern ich wollte noch einmal etwas erreichen, meine Karriere noch einmal nach vorne bringen.“

Mit solchen Aussichten lockt die Bundeswehr den dringend benötigten Nachwuchs.

Atmo

Zurück im Seminarraum der Marine-Unteroffiziersschule in Plön. Truppenfachlehrer Liese hält eine orangefarbende Schwimmweste in die Höhe - die sogenannte Rettungsboje, u-förmig. Gerne hätte er diese unter realistischen Bedingungen im Wasser präsentiert und ausprobieren lassen. Extra deswegen sind die Lehrgangsteilnehmer an diesem Morgen aus dem 30 Kilometer entfernten Neustadt in Holstein gekommen. Dort ist das Wiedereinstellungszentrum der Marine angesiedelt. Die Rückkehrer sind dort während der vierwöchigen Wiedereinstiegsphase untergebracht. Nun allerdings erklärt Einheitsführer Kickler zerknirscht: Die Schwimmhalle bleibt zu.

O-Ton Kickler

„Der Schwimmmeister, der dafür verantwortlich ist, ist krank geworden. Das kann tatsächlich immer mal passieren.“

Die Ausbildungseinheit soll später nachgeholt werden. Stattdessen also theoretische Trockenübung im Unterrichtsraum. Man sei es gewohnt, zu improvisieren, heißt es später bei den Ausbildern.

Die Verantwortlichen bei der Marine verweisen darauf, wie erfolgreich das Zentrum Wiedereinstellung im vergangenen Jahr gestartet ist. 180 ehemalige Soldaten hätten auf diesem Weg zurück in die Marine gefunden. Man denke darüber nach, künftig sogar doppelt so viele Rückkehrer auszubilden - also jeden Monat 48 statt der bisher 24. Ausbildungsleiter Kickler zufolge geben das die Bewerberzahlen her.

O-Ton Kickler

„Auf der Warteliste sind im Schnitt jeden Monat drei bis vier, die man vertrösten muss. Das Karrierecenter gibt ihnen die Möglichkeit, dass sie die Wahlmöglichkeit haben, die Grundausbildung zu machen. Allerdings Grundausbildung bedeutet: drei Monate, anstatt bei uns vier Wochen.“

Schneller zurück in die Truppe. Bewusst betont die Marine-Führung dieses Argument im Wettbewerb um guten Nachwuchs. Zugleich geht es der Marine offenbar darum, die dringend benötigten Arbeits- und Fachkräfte zügig einsetzen zu können. Der Personalbedarf ist tatsächlich sehr hoch, hatte Vizeadmiral Rainer Brinkmann im vergangenen Herbst im NDR-Interview eingeräumt.

O-Ton Brinkmann

„In der Summe erwarten wir tatsächlich einen moderaten Aufwuchs der Marine in den nächsten Jahren von ungefähr anderthalb tausend Dienstposten. Wenn ich von Dienstposten spreche, dann heißt das nicht, dass das Personal schon da ist. Und das ist unsere Herausforderung im Bereich der Personalgewinnung. Wenn wir heute in unsere Flotte und in unseren Unterstützungsbereich, das sind die Schulen, Unterstützungskommando usw., blicken, dann stellen wir fest, dass wir heute schon etwa anderthalb tausend Dienstposten nicht besetzt haben.“

Mit dem Wiedereinstellungszentrum betreibt die Marine großen Aufwand. 180 Rückkehrer, die bisher über das neue Zentrum wieder eingestellt worden sind - diese Zahl klingt in diesem Zusammenhang allerdings eher nach einem Tropfen auf den heißen Stein. Flottenbefehlshaber Brinkmann räumt ein: Um die viel zitierte Trendwende beim Personal zu schaffen, um das Ruder wirklich herumzureißen, sei mehr nötig. Bei dem Wiedereinstellungszentrum handle es sich um einen kleinen Maßnahmenbaustein, um die offenen Stellen zu besetzen.

O-Ton Brinkmann

„...und das tun wir beispielsweise durch dieses Zentrum, das tun wir beispielsweise, dass wir Truppenwerbepattformen unterhalten, wo wir jungen Leuten die Möglichkeit geben, die Marine, wirklich mal live zu erleben [...]. Wir haben viele andere Initiativen in der Vergangenheit aufgelegt. Die eine oder andere haben wir beendet und begraben.“

Doch beim Zentrum Wiedereinstellung sieht sich die Marine offenbar auf dem richtigen Weg. Ausbilder Kapitänleutnant Thomas Kickler verrät, dass auch Vertreter der anderen Teilstreitkräfte bereits vorbeigeschaut und sich über das Rückkehrer-Modell der Marine informiert hätten.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Marc Hoffmann.

Der Afghanistan-Einsatz ist der bisher längste Krieg der USA. Präsident Trump will die US-Truppen daher am liebsten nicht nur reduzieren, sondern ganz abziehen. Nach Medienberichten ist Trump daher Vorschlägen durchaus aufgeschlossen, wonach künftig private Sicherheitsdienstleister die Aufgaben der US-Soldaten übernehmen sollen. Bereits jetzt sind mehrere tausende dieser sogenannten Contractor am Hindukusch tätig. Über ihre Rolle unser Korrespondent im Studio Südasiens Bernd Musch-Borowska:

Manuskript Bernd Musch-Borowska

Der bewaffnete Angriff der Taliban auf das Anwesen einer britischen Sicherheitsfirma in Kabul, Ende vergangenen Jahres, hat die Diskussion über die Zukunft dieser privaten Sicherheitskräfte in Afghanistan angeheizt.

Atmo

10 Menschen waren ums Leben gekommen und viele weitere verletzt worden, als Kämpfer der Taliban zunächst eine Autobombe vor dem Haupteingang der Firma zündeten und danach in das streng bewachte Gebäude eindrangen und

das Feuer eröffneten. Auch afghanische Zivilisten waren betroffen, darunter Besitzer von Läden in der Nachbarschaft:

O-Ton Omid (overvoice)

„Mein Geschäft ist völlig zerstört worden durch die Explosion. Fünf meiner Mitarbeiter wurden verletzt, drei sogar schwer.“

O-Ton Mohammad (overvoice)

„Alle Fenster meines Geschäfts sind kaputt und die Decke ist herunter gekommen. Und in der ganzen Nachbarschaft gab es Verletzte.“

Britische und amerikanische Sicherheitsfirmen sind mit ihren bewaffneten Mitarbeitern allgegenwärtig in der afghanischen Hauptstadt und nicht nur dort. Sie bewachen Botschaften und internationale Einrichtungen, bieten Sicherheitsberatung und bewaffneten Schutz für Mitarbeiter von internationalen Nichtregierungsorganisationen und für ausländische Journalisten. Und sie werden als Ausbilder und Berater für die afghanischen Streitkräfte und die Polizei eingesetzt.

Ihre Zahl übersteigt bei weitem die Truppenstärke der US- und NATO-Präsenz in Afghanistan, obwohl es heute deutlich weniger sind als noch im Jahr 2010, als noch mehr als 100.000 sogenannte Contractor im Land waren.

Nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums waren im letzten Quartal des Jahres 2018 über 25.000 Contractor registriert, darunter knapp 11.000 US-Staatsbürger und fast ebenso viele Sicherheitsleute aus anderen Ländern. Wie viele es tatsächlich sind, lässt sich nur schwer verifizieren. Genaue Angaben werden mit Hinweis auf die nationale Sicherheit abgelehnt. Außerdem sind die tatsächlichen Aufgaben der privaten Sicherheitsfirmen nur vage definiert.

Seitdem US-Präsident Donald Trump angekündigt hat, er plane einen Teilabzug der US-Streitkräfte aus Afghanistan, wächst die Sorge, dass dies Tür und Tor öffnen könnte, für mehr private Sicherheitsleute und bewaffnete Kämpfer. Seit Monaten versucht der einstige Gründer und frühere Chef der inzwischen aufgelösten US-Sicherheitsfirma Blackwater, Eric Prince, politische Entscheidungsträger in den USA und in Afghanistan davon zu überzeugen, dass der

unpopuläre Einsatz der USA in Afghanistan durch eine private Söldner-Truppe übernommen werden könnte. Medienberichten zufolge tritt er dabei als Berater von US-Präsident Trump auf. Nach seinen Plänen könnten die US-Streitkräfte komplett abgezogen werden, sagte Prince in einem BBC-Interview:

O-Ton Prince (overvoice)

„Damit könnte man den Krieg beenden und die konventionellen Truppen nach Hause holen. Damit würde man viel Geld sparen und den Verlust vieler Soldaten vermeiden. Vorbild könnte die früheren East-India-Company sein, die auch einen Sicherheitsapparat hatte, bestehend aus lokalen Soldaten und ausländischen Unterstützern, die aber langfristig in Afghanistan bleiben. Denn das Problem heute ist der Mangel an Kontinuität. Wir würden Veteranen der US-Spezialkräfte einsetzen, die schon dort waren und die Gegend kennen. Wir würden sie dafür bezahlen, dass sie dauerhaft bei ihrer Einheit, an einem bestimmten Ort bleiben. 90 Tage im Einsatz, 30 Tage zuhause und dann wieder zurück und das über Jahre. Dann hat man Kontinuität.“

Den Plänen von Eric Prince zufolge würden rund 6.000 private Sicherheitsleute ausreichen, um die Aufgabe effektiv zu erfüllen, darunter 2.000 sogenannte Special Forces. Diese Mentoren, wie er sie nennt, wären jedoch fest eingebettet in die afghanischen Streitkräfte, sodass das Oberkommando bei der Regierung in Kabul bliebe.

O-Ton Prince (overvoice)

„Die Mentoren wären den afghanischen Streitkräften zugeordnet und würden unter afghanischem Kommando operieren. Das Problem der afghanischen Streitkräfte ist zurzeit die große Zahl von Deserteuren, weil die afghanischen Soldaten wegen der weitverbreiteten Korruption kein Geld und keinen Nachschub bekommen. Die ausländischen Mentoren würden dafür sorgen, dass die Soldaten bezahlt und versorgt werden, bei Verletzungen ausgeflogen werden und die Truppe auch Luftunterstützung bekommt.“

Die Kosten für eine solche Privatarmee bezifferte Prince auf rund 5,5 Milliarden US-Dollar. Davon 3,5 Milliarden für allgemeines Personal, Ausrüstung und Unterkunft und 2 Milliarden für die Spezialkräfte.

Zur Finanzierung seines Vorhabens hat Prince offenbar die Bodenschätze Afghanistans im Auge, wie Gold, Silber und Platin sowie Kupfer, Eisen, Lithium und Uran. Wie die New York Times berichtete, traf er sich in Kabul mit Vertretern der afghanischen Bergbau-Branche. Immerhin wurde der Wert der in Af-

ghanistan vermuteten Bodenschätze von den USA vor einigen Jahren auf eine Billion geschätzt, also 1.000 Milliarden US-Dollar.

Auch US-Präsident Trump hatte im vergangenen Jahr bekräftigt, dass die USA einen Teil des wirtschaftlichen Potenzials Afghanistans nutzen sollten, um die finanzielle Belastung für den Einsatz der US-Streitkräfte abzumildern.

O-Ton Trump (overvoice)

„Der afghanische Regierungschef hat versprochen, dass wir an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt werden, um unsere Kosten für diesen Krieg zu decken.“

Unabhängig von allen Spekulationen über Bergbau-Lizenzen lehnt die afghanische Regierung alle Pläne für eine Privatisierung des Krieges gegen die Taliban kategorisch ab. Präsident Ashraf Ghani nannte das Vorhaben destruktiv. Immerhin würde das der Taliban-Propaganda Auftrieb geben, die die Präsenz ausländischer Truppen im Land als Besatzung bezeichnet.

In einer offiziellen Stellungnahme der afghanischen Regierung zu den Plänen von Eric Prince heißt es, diese Idee verstoße gegen die Souveränität Afghanistans. Die Regierung werde unter keinen Umständen zulassen, dass aus dem Kampf gegen den Terrorismus in Afghanistan ein Geschäftsmodell gemacht werde. Gegen Versuche, den Krieg in Afghanistan zu privatisieren, werde man auch mit rechtlichen Mitteln vorgehen.

Dem Ansehen der USA und ihrer Streitkräfte in Afghanistan haben die Pläne von Eric Prince eher geschadet. Ohnehin gibt es rund 17 Jahre nach der US-Militärinvention in Afghanistan immer mehr kritische Stimmen. Frustriert von der scheinbaren Endlosigkeit des Krieges machen viele Afghanen die USA für die Misere verantwortlich. Mohammad Ismail Qasimyar, Mitglied des Hohen Friedensrates:

O-Ton Qasimyar (overvoice)

„Die NATO hat es nicht geschafft, die USA haben es nicht geschafft, die Taliban zu stoppen. Entweder wollten sie das gar nicht oder sie konnten nicht. Und dass sie es nicht konnten, kann ich mir nicht vorstellen.“

Auch auf der Straße in Kabul können viele Leute nicht verstehen, warum die USA nicht in der Lage sind, die Taliban militärisch zu bezwingen, wie Hamidullah Nasrat, der Besitzer eines Stoffladens:

O-Ton Nasrat

„Wie kann es denn sein, dass eine Supermacht wie die USA und all die anderen Streitkräfte aus der ganzen Welt hier zwar ihre Macht demonstrieren haben und die Taliban trotzdem nicht besiegen konnten? Das ist doch nur eine kleine Armee im Vergleich zu den internationalen Truppen. Das ist eine große Frage für die Leute hier.“

Doch die Supermacht USA will ihr Engagement in Afghanistan nach mehr als 17 Jahren offenbar gerne bald beenden. Gespräche mit den Taliban und mit den Regierungen der Nachbarstaaten und Regionalmächte legen die Vermutung nahe, dass den Überlegungen der US-Regierung, die Truppen in Afghanistan zu reduzieren, bald Taten folgen könnten. Die USA strebten keine dauerhafte militärische Präsenz in Afghanistan an, versicherte der US-Sondergesandte, Zalmay Khalilzad, bei seinen jüngsten Gesprächen in Kabul.

* * *

Flocken

Soweit Bernd Musch-Borowska.

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie nachhören und als Podcast herunterladen – unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.